

Abstimmungen vom 12. Februar 2017

Eidgenössische Vorlagen

USR III: Steuereinnahmen und Arbeitsplätze sichern

von Dieter Kläy, Präsident FDP Winterthur

Am 12. Februar 2017 steht viel Geld auf dem Spiel. Mit einem JA zur Steuerreform müssen wir über 5 Milliarden Franken Steuereinnahmen sichern. Diese Einnahmen drohen wir zu verlieren, wenn wir es verpassen, unser Steuersysteme auf die Zukunft auszurichten. Die dringend nötige Reform wird von der Linken bekämpft. Eine funktionierende Alternative bieten kann das Referendumskomitee aber nicht.

Mit der Steuerreform stellt sich die Schweiz für die Zukunft auf. Mit diesem System werden wir auch weiterhin jährlich über 5 Milliarden Franken von heute rund 24'000 sonderbesteuerten Unternehmen einziehen können. Diese werden künftig mehr Steuern bezahlen. Die KMU dagegen werden in vielen Kantonen entlastet.

Ohne Steuerreform drohen den Kantonen und Gemeinden empfindliche Steuerausfälle. Um diese zu kompensieren, werden bei einem Nein nur noch die KMU und der Mittelstand übrigbleiben. Alternativ müsste der Staat erhebliche Leistungen abbauen. Die Diskussionen rund um das jährliche Budget sowie Stabilisierungs- und Sparprogramme zeigen mit aller Deutlichkeit auf, wie schwierig es ist, bei den Staatsausgaben den Rotstift anzusetzen.

Mit einem Ja zur Steuerreform können wir uns eine solche Übung sparen.

Das Referendum der linken Parteien und Gewerkschaften gegen die Steuerreform ist inkonsequent, haben doch die Linksparteien immer die Abschaffung der Steuerprivilegien gefordert. Genau das macht die Steuerreform. Die Linke tritt trotzdem zum Kampf an, ohne eine realistische Alternative vorzuschlagen. Mit einem Nein zur Steuerreform manövriert sich die Schweiz international ins Abseits. Rechts- und Planungsunsicherheit wären die Folge, was für die Wirtschaft Gift ist. Es würden immense Steuerausfälle und Arbeitsplatzverluste drohen. Nicht nur bei den heute gesondert besteuerten Unternehmen, sondern auch bei vielen KMU, die eng mit diesen Firmen zusammenarbeiten.

Deshalb gibt es nur eines: Am 12. Februar 2017 an die Urne gehen und mit einem Ja zur Steuerreform ein klares Bekenntnis zum Wirtschaftsstandort abgeben. Das sind wir der Wirtschaft schuldig. Die FDP Schweiz hat die Ja-Parole beschlossen und ist federführend im Abstimmungskampf engagiert.

www.steuerreform-ja.ch

Volksabstimmungen vom 12. Februar 2017

Eidgenössische Vorlagen

USR III	Ja
NAF	Ja
Erleichterte Einbürgerung	Ja

Stadtratswahlen Winterthur

Daniel Oswald

Inhalt Ausgabe 1/2017

Eidgenössische Vorlagen	2
Div. aus der Stadt Winterthur	3
Mut zum Aufbruch Interview	4-5
FDP Wiesendangen	6
Neujahrsapéro 2017	6
Berufsbildung Gastbeitrag	7
Veranstaltungskalender	8

Stadtratswahlen

Daniel Oswald in den Stadtrat

von Dieter Kläy, Präsident FDP Winterthur

Die FDP Winterthur hat an ihrer ausserordentlichen Parteiversammlung vom 14. Dezember beschlossen, Daniel Oswald (SVP) für die Ersatzwahlen in den Stadtrat vom 12. Februar 2017 zu unterstützen. Ein Rückblick auf die erste Hälfte der Legislaturperiode 2014 bis 2018 zeigt, dass sich der Schulterschluss zwischen den bürgerlichen Parteien FDP, SVP, CVP und den Wirtschaftsverbänden bewährt hat und auch in den kommenden Stadtratsersatzwahlen vom 12. Februar 2017 und in den Gesamterneuerungswahlen 2018 aufrechterhalten werden sollte. Ein Blick auf die wichtigsten städtischen Vorlagen seit

2014 macht deutlich: Die politischen Parteien, die mit einer Kandidatin oder einem Kandidaten zu den Ersatzwahlen 2017 antreten, haben von der FDP abweichende Parolen vertreten. Einzig mit der SVP herrschte weitgehend inhaltliche Einigkeit. Beispiele sind die Erhöhung der Baugebühren, die Parkplatzverordnung oder die im Dezember 2015 durch den Grossen Gemeinderat beschlossene Steuererhöhung, die FDP und SVP bekämpft haben. Daniel Oswald setzt sich für einen starken Werkplatz Winterthur ein und kämpft für eine tiefe Gebühren- und Steuerbelastung, was wichtige Voraussetzungen für gute wirt-

schaftliche Rahmenbedingungen sind. Mit seiner langjährigen, reichen politischen und beruflichen Erfahrung ist er für die Übernahme eines Stadtratsmandates geradezu prädestiniert. www.daniel-oswald.ch



Eidgenössische Vorlagen

JA zur gesicherten Strassenfinanzierung

Der Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs fonds (NAF) ist ein Durchbruch für eine langfristig gesicherte Strassenfinanzierung. Mit seiner Schaffung wird die Grundlage für eine planbare und gesicherte Finanzierung von Unterhalt und Ausbau des Nationalstrassennetzes gelegt. Ein JA zum NAF am 12. Februar 2017 ist auch von grosser volkswirtschaftlicher Bedeutung.

Der Nationalstrassen- und Agglomerationsfonds NAF ist nicht nur eine verkehrspolitische, sondern eine wirtschaftspolitische Vorlage. Sie ist insbesondere für das Gewerbe bedeutend, weil das Nationalstrassennetz und die Kapazitäten des Strassennetzes in den Agglomerationen an die Grenzen gelangt sind. Die Folge sind Engpässe und Staus und für die Gewerbetreibenden aber auch ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für die ganze Bevölkerung.

Allein 2015 standen die Bürgerinnen und Bürger 22'828 Stunden im Stau, 6 Prozent mehr als 2014. Nicht Unfälle oder Baustellen haben primär zu dieser Entwicklung geführt, sondern die alltägliche Verkehrsüberlastung auf dem Nationalstrassennetz und an neuralgischen Punkten in der Agglomeration. Dieser Zustand ist unhaltbar. Die Beseitigung der Engpässe ist eine vordringliche Aufgabe.

Vom neuen Fonds und den künftigen Projekten profitieren alle Regionen, auch Win-

terthur. Insbesondere hilft der NAF, Städte und Agglomerationen zu entlasten. Der Bedarf ist gross, denn die Mittel aus dem Infrastrukturfonds, die bis 2028 reichen sollten, sind aufgebraucht. Ohne NAF gibt es keine Bundesbeiträge mehr und wichtige Projekte in den Agglomerationen können nicht realisiert werden. Mit dem NAF investieren Bund, Kantone, Städte und Gemeinden auch künftig gemeinsam in Umfahrungen und Entlastungsstrassen, in Busse, Trams und Metros und in Massnahmen für mehr Sicherheit oder zur Verminderung von Lärm und Umweltschäden. Die FDP Schweiz hat die Ja-Parole beschlossen.

www.naf-ja.ch

Ja zur erleichterten Einbürgerung

Am 12. Februar 2017 stimmen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über den Bundesbeschluss über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration ab. Heute ist die erleichterte Einbürgerung für Ehepartnerinnen und -partner von Schweizer Staatsangehörigen und für Staatenlose möglich. Die Vorlage führt zu zwei Änderungen.

1. Personen der dritten Generation, die sich einbürgern lassen wollen, gelten als integriert und müssen nicht mehr wie heute ihre Integration nachweisen. Damit wird bei Jugendlichen der dritten Generation die Integration neu vermutet. Eine Kontrolle des rechtlichen Leumunds gibt es weiterhin.

2. Die neuen Massnahmen werden auf nationaler Ebene eingeführt. Das Verfahren wird vereinheitlicht. Die Verantwortung wird alleine beim Bund liegen. Gemeinden und Kantone behalten eine Rekursmöglichkeit.

Gründe für die Revision liegen in der Harmonisierung der Verfahren und den Bedingungen. Aktuell sind die Verfahren je nach Kanton verschieden. In gewissen Kantonen gibt es keine Massnahmen zur erleichterten Einbürgerung. Ebenfalls gibt es in gewissen Kantonen ab der zweiten Generation keine sprachliche Prüfung oder ein Verfahren, das sich von der ordentlichen Einbürgerung unterscheidet. Die Verfassungsänderung harmonisiert die Verfahren auf Bundesebene. Die Bedingungen zur vereinfachten Einbürgerung sind streng. Die Person, die sich einbürgern will, darf nicht älter als 25 Jahre sein und muss hier mindestens fünf Jahre die obligatorische Schule besucht haben. Mit der Altersgrenze wird verhindert, dass sich die Männer vor dem Militärdienst drücken können. Zudem ist Voraussetzung, dass ein Grosselternteil in der Schweiz ein Aufenthaltsrecht erworben hat oder schon hier geboren worden ist. Ebenfalls muss ein Elternteil sich mindestens zehn Jahre in der Schweiz aufgehalten und wenigstens fünf Jahre hier die obligatorische Schule besucht haben. Gemäss Schätzungen dürften 4000-5000 Personen pro Jahr betroffen sein. Mit dem wegfallenden Integrationsnachweis wird die Bürokratie entlastet. Die FDP Schweiz empfiehlt ein Ja in die Urne einzulegen.

**IN DEN BESTEN
HÄNDEN FÜR
FAHRFREUDE.**

**HUTTER DYNAMICS AG
WINTERTHUR.**

Hutter Dynamics AG
Hegmattenstrasse 3
8404 Winterthur
Tel. 052 244 77 77
www.hutter-dynamics.ch



Herzliche Gratulation zum 100. Geburtstag!

Am 25. November 2016 durfte Stadtrat Stefan Fritschi als Ersatz für Stadtpräsident Mike Künzle dem Winterthurer Albert Grütter zum 100. Geburtstag gratulieren. Der Besuch des Stadtpräsidenten bei den 100jährigen Jubilaren ist eine Tradition, die in Winterthur gepflegt wird und von den Jubilaren und Angehörigen auch geschätzt wird. Albert Grütter ist seit längerem Mitglied der FDP Winterthur. Vor vielen Jahren war er Mitglied der Kreisschulpflege Oberwinterthur und des Geschworenengerichtes. Der Jubilar ist geistig und körperlich bei guter Gesundheit. Er wohnt dank der Unterstützung seiner Angehörigen und der Pro Senectute alleine in seiner Wohnung in Oberwinterthur. Bei einigen Einkäufen hilft ihm auch der 98jährige Nachbar! Der stündige Besuch bei Albert Grütter war für Stefan Fritschi sehr spannend. Die Erinnerungen und Erzählungen des pensionierten Mitarbeiters der Winterthur Versicherungen, der auch viele Länder und Kontinente bereiste, waren so unterhaltsam und beeindruckend.



Gemeindewahlen 2018

Jetzt Interesse signalisieren!

Die FDP Winterthur will für die kommende Legislaturperiode 2018 bis 2022 ihre Gemeinderatsdeputation auf mindestens 8 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte erhöhen. Die Suche nach Kandidatinnen und Kandidaten ist angelaufen. Ziel ist eine nach Berufen, Alter, Geschlecht und Quartieren ausgewogenen Liste von 60 Kandidatinnen und Kandidaten.

Wenn Sie sich im Gemeinderatswahlkampf engagieren und als Botschafterin oder Botschafter für die FDP mitwirken wollen, melden Sie sich bei

Dieter Kläy (d.klaey@sgv-usam.ch)

oder

Carola Etter-Gick (c.etter.gick@gmail.com)

Die amtierenden Gemeinderatsmitglieder oder die Sektionspräsidenten geben ebenfalls gerne Auskunft.

www.fdp-winterthur.ch

WIR SIND NEUTRAL KLIMA-NEUTRAL

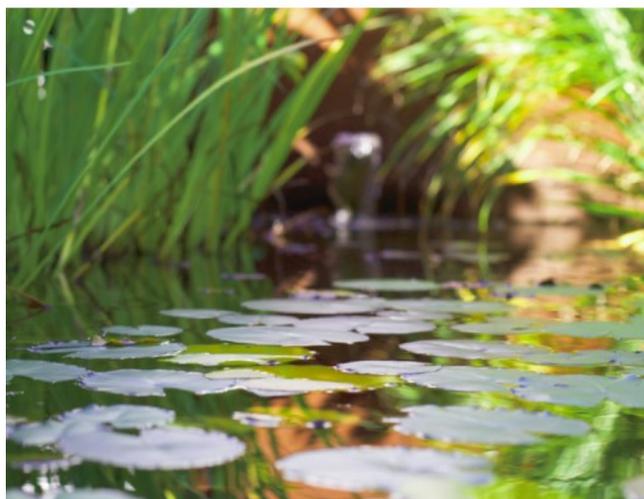
ROHNER SPILLER
DRUCKEN MIT FORMAT

ROHNER SPILLER AG
TECHNIKUMSTRASSE 74
8400 WINTERTHUR



Rohner Spiller – die erste komplett klimaneutrale Digitaldruckerei in der Region Winterthur.

HOFMANN Gartenbau




Gartenarchitektur


Gartenbau


Gartenpflege

Hofmann Gartenbau AG
Hegibergstrasse 19
CH-8409 Winterthur
Telefon 052 245 19 19
hofmann@gartenbau.ch
www.gartenbau.ch

„Mut zum Aufbruch!“

Gesprächsleitung Jan Fehr, Präsident JFW



Der Jahresbeginn ist die Zeit der guten Vorsätze. Man blickt auf das Erreichte zurück und wirft einen Blick nach vorne. Genau das haben wir

zusammen mit unseren beiden Stadträten Barbara Günthard-Maier und Stefan Fritschi sowie dem Fraktionspräsidenten Stefan Feer gemacht.

Was waren eure Highlights und Herausforderungen im 2016?

Günthard-Maier: Es war ein Jahr der Highlights für mich. Ich bin total happy, dass das neue Polizeigebäude gebaut werden kann und auch, dass das Personal der Stadtpolizei aufgestockt wird. Auch happy macht mich das im zweiten Halbjahr Erreichte mit Stadtwerk Winterthur. Wir haben viele Geschäfte angepackt und in kurzer Zeit über die Bühne bringen können.

Fritschi: Mich freuen die monatlichen Schulbesuche. Ich sehe, dass die Schule in Winterthur gut funktioniert, und habe viele glückliche Kinder, welche gerne in die Schule gehen, angetroffen. Ein anderes Highlight war der Baubeginn von Wincity sowie die Eröffnung vom Skillspark. Herausfordernd war und ist die Kostensteigerung in der Sonderpädagogik.

Feer: Bei der aktuellen Mitte-Links-Mehrheit im Parlament haben bürgerliche Vorstösse einen schweren Stand, dies gilt auch für wirt-

schaftsfreundliche Vorlagen des Stadtrates wie das House of Winterthur. Trotzdem gab es 2016 Highlights - z.B. die Verselbständigung des Stadttheaters, bei der Aufstockung des Personalbestands der Stadtpolizei gemäss Volksabstimmung folgte das Parlament der FDP Fraktion und bei der Abstimmung zum neuen Polizeigebäude formierte die FDP Fraktion das Abstimmungskomitee und verhalf so der Vorlage zum Durchbruch. Wir und die Stadt mussten aber auch einige Dämpfer hinnehmen, beispielsweise die Wärmering Affäre Frauenfeld. Die Fraktion konnte sich zwar klar positionieren, Fachkompetenz beweisen und die Themenführerschaft übernehmen. Für uns alle ist und war es aber ein Ereignis, welches man so schnell wie möglich zum Wohle der Stadt abschliessen muss.

Wir haben ein mitte-links Parlament. Beim letzten Wahlkampf haben sich die Verbände zur «Allianz starkes Winterthur» zusammengeschlossen. Hat sich diese Allianz bewährt und wie wirkt sie sich auf den politischen Alltag aus?

Günthard-Maier: Ich finde es gut, dass sich die Bürgerlichen für den Wahlkampf zusammengeschlossen haben. Es kann nicht sein, dass Städte die Politik mehrheitlich den Linken überlässt, Städte sind ein Labor von Zukunftsideen, effizienten Ideen und Winterthur gehört hier definitiv dazu.

Fritschi: Mit der Allianz unterstützten mehrere Verbände die Wahl von uns vier bürgerlichen Stadtratskandidaten. Dies hat dazu beigetragen, dass Josef Lisibach gewählt wurde. Er ist eine Bereicherung für den Stadtrat. Ich muss aber auch sagen, dass der Stadtrat stets als Kollegium entscheidet. Hier gibt es keine Allianzen, welche vorgeben, dass alle gemein-

sam gleich abstimmen müssen.

Wie sieht es beim Gemeinderat aus? Hier gibt es ja keine bürgerliche Mehrheit.

Feer: Der Gemeinderat fällt mehrheitlich klar linke Entscheide - und er ist es, der die Strategie bestimmt. Dass sich der bürgerliche Stadtrat mit diesem Parlament finden muss, ist nicht beneidenswert und macht eine klar bürgerliche Politik praktisch unmöglich.

Die Allianz hat sich also bewährt und soll weitergeführt werden?

Fritschi: Die Allianz kam von den Verbänden und ich bin dankbar, dass dies gemacht wurde. Es wäre sicher erstrebenswert, wenn sich die Verbände beim nächsten Wahlkampf wieder zusammenraufen könnten.

Feer: Es ist auch nach aussen hin ein starkes Zeichen, dass wir diese Allianz haben.

Zusammengefasst kann man sagen, dass ihr alle auch im nächsten Wahlkampf bei einer Allianz dabei seid. Ich habe nachgeschaut, welche Themen und Versprechen ihr beim letzten Wahlkampf abgegeben habt. Bei dir Stefan habe ich folgendes gefunden: Zusätzliches Personal auf Kosten der Steuerzahler soll vermieden werden. Hast du dies geschafft?

Fritschi: lacht – ganz konsequent war ich nicht, aber ziemlich konsequent. Vielleicht kann ich kurz aufzählen, wo ich nicht konsequent war. Ich habe zusätzliche Stellenprozente für Bademeister im Geiselweid bewilligt, weil es mir aus Sicherheitsgründen zu heikel wurde mit so wenig Personal zu arbeiten. Dann in der schulergänzenden Betreuung, dort ist aber nur ein Teil steuerfinanziert.



Bei den Lehrpersonen ist es ganz klar so, dass die Stellen nach der Nachfrage generiert werden. Wir können wenn es mehr Kinder gibt, nicht einfach Schulklassen ohne Lehrpersonen führen. In der Personalabteilung habe ich auch zusätzliche Stellenprozente bewilligt, weil dort eine Qualitätssteigerung nötig war, und die Qualität der Personaldokumente verbessert werden musste. Das sind die Ausnahmen, zu welchen ich stehe. Aber ansonsten glaube ich, dass wir sehr schlank und effizient unterwegs sind.

Ich finde, die Fraktion macht eine gute Arbeit und ist auch vermehrt in der Öffentlichkeit erkennbar. Was könnt ihr aber dennoch besser machen?

Feer: Danke fürs Kompliment – aber besser geht es immer. Wir müssen unsere Positionen weiter schärfen, in dem wir vermehrt Vorstösse einreichen und pointierter argumentieren. Für 2017 haben wir Themenpakete definiert, welche wir gebündelt hintereinander im Gemeinderat einbringen werden.

Barbara, im letzten Wahlkampf sind immer wieder die 10'000 zusätzlichen Arbeitsplätze für Winterthur erwähnt worden. Haben wir die nun?

Günthard-Maier: Ich stehe immer noch zu diesem Ziel. Aber wir haben noch nicht alles erreicht - wir müssen weiter dranbleiben. Die Politik kann nur indirekt beeinflussen, indem sie attraktive Rahmenbedingungen schafft. Mit dem Steuerfuss haben wir ein richtiges Signal ausgestrahlt, und auch mit der Parkplatzverordnung sind wir auf dem richtigen Weg.

Es geht also auch um Standortattraktivität. Hier haben wir am 12. Februar mit der Unternehmenssteuerreform eine wichtige Abstimmung. Wie sieht ihr das?

Günthard-Maier: Der Stadtrat hat eine Stimmfreigabe beschlossen. Er sieht eine Notwendigkeit für diese Vorlage, aber bei der Umsetzung von Regierungsrat Stocker sehen wir noch offene Fragen. Ich persönlich stimme aber Ja, weil ich überzeugt bin, dass diese Reform Arbeitsplätze sichert.

Fritschi: Ich unterstütze die Reform. Aber ich erwarte vom Kanton, dass mindestens die Hälfte der 180 Millionen, die der Kanton Zürich aus den zusätzlichen Erträgen der Bundessteuern kriegt, an die Gemeinden weitergegeben werden.

Die Fraktion setzt sich sehr stark ein für den Standort Winterthur. Welche grossen Geschäfte stehen an?

Feer: Das House of Winterthur wird voraussichtlich im Februar 2017 wieder im Gemeinderat beraten. Diesem Geschäft kommt für Winterthur eine zentrale Rolle zu. Dann werden auch die Revision des Personalstatuts und die Schuldenbremse ein Thema sein. Eine liberale Handschrift ist zwingend.

Die Legislatur ist bald zu Ende. Welche wichtigen Ziele sind noch offen?

Fritschi: In meinem Departement haben wir ein grosses Projekt, welches jetzt in die Umsetzungsphase geht – die Neupositionierung der Mechatronikschule Winterthur, wo man die Ausgaben von Stadt und Kanton halbiert,

die Qualität aber steigern möchte. Zudem freue ich mich auf die Eröffnung des Schulhauses Neuhegi im Frühjahr 2018.

Günthard-Maier: Ich möchte helfen, dass sich das Image von Winterthur weiter verbessert. Für mich ist Winterthur das Brooklyn der Schweiz. Wir haben eine engagierte Stadtkultur, Sicherheit sowie eine extrem bewegliche und effiziente Stadtverwaltung. Leider spielen wir dies und die Internationalität, die Nähe zum Flughafen, noch zu wenig aus.

Feer: Wahlen stehen vor der Tür. Kurzfristig ist mein persönliches Ziel die Wahl von Daniel Oswald in den Stadtrat. Bei den nächsten Gemeinderatswahlen möchte ich für die Fraktion zwei zusätzliche Parlamentssitze gewinnen.

Und was sind eure persönlichen Wünsche fürs 2017?

Fritschi: Mein persönlicher Wunsch ist, dass wir weltweit den Weg zu einer friedlicheren Gesellschaft finden. Leider schwindet bei mir von Tag zu Tag die Hoffnung, dass dieser Wunsch jemals in Erfüllung geht...

Günthard-Maier: Ich freue mich, wenn ich ohne Zusatzaufgabe "Stadtwerk" wieder mehr "bei den Leuten" sein kann und wünsche mir, dass die Sicherheit in Winterthur und in der Schweiz weiter auf einem hohen Level bleibt und unsere Stadt weiterhin kreativ und innovativ unterwegs ist.

Feer: Ich habe einen Wunsch für die Stadt: Mut zum Aufbruch!



Basel West

wenn **Schönes** entsteht

Roth Gerüste AG
Riedhofstrasse 45
CH-8408 Winterthur

Tel. 052/209 07 20
winterthur@rothgerueste.ch
www.rothgerueste.ch

roth gerüste
wenn Schönes entsteht

FDP Wiesendangen lanciert Petition gegen die Aufhebung der SBB-Verkaufsstelle in der Post Wiesendangen

von Bettina Huber, Präsidentin FDP Wiesendangen



Im September 2016 hat die SBB mitgeteilt, dass sie ihre Tickets ab 1. Januar 2018 nur noch über eigene Kanäle und nicht mehr über Drittpartner verkaufen will. In Elgg, Islikon, Ossingen, Rätterschen, Seuzach und Wiesendangen kann man sein Billett dann nur noch im Bus, am Automaten oder via Handy beziehen. Dieser Entscheid der SBB stösst in allen betroffenen Gemeinden auf Kritik. Insbesondere in Wiesendangen ist das Unverständnis gross:

Mit der Kombination Post und SBB besteht in der Gemeinde ein gutes Angebot, welches rege genutzt wird. Rund 20 Kunden pro Tag kaufen bei der zentral gelegenen Post Wiesendangen ein Billett der SBB/des ZVV. Der Wegfall der Verkaufsstelle würde bedeuten, dass Billetts vermehrt im Bus gekauft werden müssen, was wiederum zu mehr Verspätungen und zu Anschlussproblemen führt. Vor allem ältere Menschen hätten Mühe, ein öv-Ticket zu lösen, da sie entweder kein Smartphone besitzen, nicht wissen, wie damit Tickets gekauft werden, über keine Kredit- oder Debitkarte verfügen oder sich nicht trauen, den Automaten zu benützen.

Der Gemeinderat Wiesendangen hat im Oktober 2016 bei der SBB gegen den Entscheid

intervenierte – noch ohne Erfolg. Mitte November 2016 hat die FDP Wiesendangen eine Petition gegen die Aufhebung der SBB-Verkaufsstelle in der Post Wiesendangen lanciert; bis zum Neujahr 2017 konnten in Wiesendangen über 700 Unterschriften gesammelt werden! Die FDP Wiesendangen wird zusammen mit dem Gemeindepräsidenten und FDP-Mitglied Kurt Roth die gesammelten Unterschriften den SBB-Verantwortlichen persönlich überreichen. Gemeinderat und Ortspartei fordern, den Entscheid der SBB zu überdenken und der Poststelle Wiesendangen weiterhin den Verkauf der SBB-Billetts zu ermöglichen.

FDP Präsidentin Petra Gössi am Neujahrsapéro der FDP Winterthur

Rund 230 Mitglieder und Gäste folgten anlässlich des traditionellen Neujahrsapéros der FDP Winterthur den Ausführungen von Nationalrätin Petra Gössi, Präsidentin der FDP Schweiz. Sie will den KMU politisch eine stärkere Stimme geben.

Anlässlich seiner Begrüssungsrede blickte der Präsident der FDP Winterthur, Dieter Kläy, auf ein intensives aber erfolgreiches 2016 zurück. Mit der „Vision 2050“ gab sich die FDP Winterthur die inhaltliche Grundlage für die kommenden Gesamterneuerungswahlen 2018. Politisch konnten verschiedene Erfolge erzielt werden. Mit Blick auf die Gesamterneuerungswahlen 2018 betonte Kläy die Notwendigkeit der Zusammenarbeit unter den bürgerlichen Parteien und den Wirtschaftsverbänden.

In ihrer Neujahrsansprache blickte die 2016 neu gewählte Präsidentin der FDP Schweiz, Nationalrätin Petra Gössi, auf ein erfolgreiches Jahr für die FDP zurück. Die guten Resultate in mehreren kantonalen Wahlen und der Zuwachs an Kantonsratssitzen geben Anlass zu Hoffnungen auf eine weitere positive Entwicklung der Partei. Die FDP konnte mehrere Akzente setzen. So seien im Rahmen der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative der Erhalt der bilateralen Verträge mit der EU und eine möglichst geringe bürokratische Belastung der Unternehmen für die Bundeshausfraktion im Vordergrund gestanden. Gössi will in den kommenden Jahren den KMU eine stärkere politische Stimme geben

und verwies auf ihr familiäres und berufliches Umfeld, das sie politisch stark prägt. Ein intensiverer Austausch zwischen Wirtschaft und Politik sei nötig, so Gössi. Für die Unternehmen müsse Bürokratie abgebaut werden. Die Präsidentin der FDP Schweiz will die Wirtschaft aber auch in die Pflicht nehmen, so etwa bei den Arbeitsplätzen für Über-50-Jährige. Mit der Unternehmenssteuerreform III steht aktuell eine grosse Herausforderung bevor. Für die Entwicklung eines stabilen Werk- Finanz- und Forschungsplatzes sei die Annahme der Vorlage am 12. Februar für die Schweiz sehr wichtig, betonte Gössi.

Musikalisch wurde der Anlass umrahmt von den Musikschülern des Konservatoriums Winterthur Julian Zuak (Violine), Mario Strebel (Akkordeon), Daniel Strebel (Bass) und Raphael Zuzak (Drums).



Mehr Bilder unter www.fdp-wintertherthur.ch

Fotos Ulrich Wydler

Die Eltern ins Berufsbild setzen

von Romana Heuberger, Geschäftsführerin Recycling Ausbildung Schweiz



Das Schweizer Berufsbildungssystem hat national wie international einen hervorragenden Ruf. Umso erstaunlicher ist es, dass den

Betrieben die Lernenden ausgehen. Bis im August 2016 konnten schweizweit rund 10'000 Lehrstellen (1162 im Kanton Zürich) nicht besetzt werden, während gleichzeitig rund 9'000 Schülerinnen und Schüler keine Anschlusslösung an die Sekundarschule gefunden hatten.

Frühe Weichenstellung

«Unsere Kinder sollen wissen, was sie werden, bevor sie wissen, wer sie sind.» Diese Aussage einer Vertreterin eines grossen Ausbildungsverbandes stimmte mich nachdenklich. Im zarten Alter von 12 Jahren werden im Kanton Zürich erstmals Weichen in der Ausbildung unserer Kinder gestellt: Sekundarstufe A, B, C oder Langzeitgymnasium? Über 55 % der späteren Maturanden beschreiten bereits hier den gymnasialen Ausbildungsweg - bevor in der Schule und vermutlich auch im Elternhaus der Berufswahlprozess überhaupt ein Thema war. Mit etwa 14 Jahren haben die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II nochmals die Wahl zwischen dem Besuch einer Mittelschule oder den derzeit rund 230 Ausbildungen (2-, 3- und vierjährig)

in der beruflichen Grundbildung.

Berufswahlprozess überfordert

Mit dieser Wahlfreiheit sind die Jugendlichen jedoch oft überfordert. Deshalb erstaunt es nicht, dass gemäss aktuellen Studien trotz Internet und diversen Social Media-Plattformen die Eltern die Berufswahl ihrer Kinder immer noch entscheidend prägen. Während die Berufsbildungsorganisationen und die Lehrbetriebe in den letzten Jahren zahlreiche Massnahmen ergriffen haben, um die potentiellen Lernenden noch gezielter anzusprechen und ihre Ausbildung bekannter zu machen, fehlen Konzepte zur Information und zum aktiven Einbezug der Eltern in den Berufswahlprozess fast gänzlich.

Elternbildung ist angesagt

«Wer hoch hinaus will muss ans Gymnasium». Diese Meinung ist gerade bei sogenannten bildungsambitionierten Eltern immer noch

fest verankert, aber völlig falsch. Anfangs 2014 waren doppelt so viele Akademiker wie hochqualifizierte Berufsleute als arbeitslos gemeldet. Heute sind die beiden Einstiegswege in die Berufswelt - Gymnasium oder Lehre - völlig gleichwertig und auch nach einer Lehre steht der Weg für ein Studium an einer Fachhochschule oder einer Universität offen. Daneben werden den Berufsleuten aber auch zahlreiche Weiterbildungsmöglichkeiten (Berufsprüfungen, höhere Fachprüfungen) in ihren Berufsfeldern angeboten, um sie zu hervorragenden Fachkräften auszubilden. All dies ist (zu) vielen Eltern nicht bekannt. Deshalb müssen Wirtschaft, Gewerbe, Schulen und Berufsberatung nun dringend vernetzt vorgehen und gemeinsam Wege finden, um die Eltern frühzeitig (ab Mittelstufe) und aktiv in den Berufswahlprozess miteinzubeziehen und damit das duale Bildungssystem in unserem Land weiter zu stärken.



Ihre Liegenschaft. Unsere Leidenschaft.



„Der HEV ist ein kompetenter und seriöser Partner auf den man sich verlassen kann. Als Mitglied unterstütze ich das Engagement des HEV für die Haus- und Wohneigentümer.“

Dieter Kläy
Präsident FDP Winterthur

HEV Dienstleistungen zu Ihrem Vorteil!

Möchten Sie Ihre Liegenschaft erfolgreich verkaufen?

Wir organisieren den gesamten Verkauf, von der Preisfestlegung bis zur Abwicklung der Grundstückgewinnsteuer. Unabhängig, seriös und kompetent.

Alle HEV Dienstleistungen stehen auch Nichtmitgliedern zur Verfügung:

- Bau-, Energie- und Rechtsberatungen
- Immobilien Schätzungen
- Immobilien Verkäufe
- Immobilien Vermietungen



HEV Region Winterthur

Hauseigentümergebiet Bezirke Andelfingen, Pfäffikon und Winterthur

Telefon 052 212 67 70
www.hev-winterthur.ch

Werden Sie Mitglied und profitieren Sie:

- kostenlose Bau- und Rechtsberatung
- informative HEV-Zeitung
- Vergünstigungen bis CHF 500.-
- auch für zukünftige Hauseigentümer

Datum	Zeit	Organisation	Anlass	Ort
07.02.17	19.00	FDP Kommission Energie und Umwelt	„Wie erfolgt der Rückbau eines Kernkraftwerks“ öffentliche Veranstaltung	Hotel Walhalla, Zürich Anmeldung an: info@energie-verstehen.ch
10.03.17	18.15	FDP Seen-Mattenbach	GV mit anschl. Nachtessen	Rest. Frohsinn, Eidberg
14.03.17		FDP Kanton Zürich	a.o. Delegiertenversammlung	Details auf www.fdp-zh.ch
17.03.17		FDP Kanton Zürich	Sessionsapéro	Details auf www.fdp-zh.ch
02.05.17	18.00	FDP Winterthur	Parteiversammlung und Generalversammlung mit anschl. Nachtessen	Restaurant Stauss
23.05.17		FDP Kanton Zürich	ordentl. Delegiertenversammlung	Details auf www.fdp-zh.ch
23.06.17 - 25.06.17		FDP Winterthur	Albanifest Königshof und Königsbar	
29.08.17	19.30	FDP Winterthur	Parteiversammlung	
05.09.17		FDP Kanton Zürich	a.o. Delegiertenversammlung	Details auf www.fdp-zh.ch
31.10.17	19.30	FDP Winterthur	Parteiversammlung	

Sämtliche Termine der FDP Winterthur, jeweils laufend aktualisiert unter www.fdp-winterthur.ch/veranstaltungen

Impressum

FDP Winterthur, Redaktion und Layout: Dieter Kläy, Monica Schaub und Martin Kuhn
Neumarkt 15, Postfach 1775, 8401 Winterthur
Tel. 052 212 84 43, info@fdp-winterthur.ch

www.fdp-winterthur.ch PC Konto 84-1190-2